Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau: Organ für das öffentliche und

private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 63 (1990)

Heft: 3

Anhang: Bildungspolitische Beilage der Schweizer Erziehungsrundschau 3/1990

= Supplément de la Revue suisse d'éducation 3/1990

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bildungspolitische Beilage der Schweizer Erziehungsrundschau 3/1990 Supplément de la Revue suisse d'éducation 3/1990

Ausbildungsgutschriften als marktwirtschaftliche Alternative im Erziehungswesen

Ein Plädoyer für die Macht der Eltern

Mark Blaug *

Der Markt bietet wertvolle Alternativen auf manchen Gebieten, die gemeinhin als typisch öffentlich gelten. Einer davon ist das Schulwesen. Aber Wie können wir Märkte schaffen in einer Sparte wie dem Bildungswesen, das auf der ganzen Welt hauptsächlich aus Steuergeldern finanziert wird und wo deshalb für die meisten Familien kein einsichtiger Zusammenhang besteht zwischen den von ihnen entrichteten Steuern und der Ausbildung, die ihre Kinder erhalten. Eine mögliche Antwort bestünde in sogenannten Ausbildungsgutschriften oder Vouchers. Es handelt sich dabei um zweckgebundene Coupons einer bestimmten Kaufkraft, die an jeder Schule eingelöst werden können -Vergleichbar etwa Büchergutscheinen oder Essensmarken.

Fehlende politische Zugkraft

Die Idee, durch Gutschriften einen direkten Bezug zwischen Steuern und Ausbildung herzustellen, wurde 1955 von Milton Friedmann lanciert, geht aber in Varianten bis auf das 18. Jahrhundert zurück. In den sechziger Jahren wurde sie dann von einer Anzahl britischer und amerikanischer Nationalökonomen weiterentwickelt. Später wurde in den USA sogar - als Auswirkung von «1968» - in einem kalifornischen Schulbezirk (Alum Rock) ein fünfjähriger Versuch mit Gutschriften durchgeführt. Ausserdem wurde in verschiedenen amerikanischen Städten die Durchführbarkeit eines Gutschriftenprogrammes evaluiert. In Grossbritannien wurde das Gutschriftensystem zwar vom liberalen Institut of Economic Affairs leidenschaftlich befürwortet, war aber unter Erziehungwissenschaftern und Politikern lange tabuisiert. Seit Frau Thatchers Wahlsieg ist das Konzept iedoch verschiedentlich von konservativen Ministern aufgegriffen worden. Dennoch ist Grossbritannien weit davon entfernt, ein solches Programm einzuführen, und das trifft erst recht auf das übrige Europa zu sowie auf Amerika und Japan.

Weshalb tun sich die Regierungen so schwer mit der Idee der Ausbildungsgutschriften? Es ist leicht einzusehen,

^{*}Durch die Redaktion gekürzter Aufsatz aus der Serie «das Soziale der Marktwirtschaft», NZZ-Verlag, 1989

warum Beamte und Schulbehörden dagegen eingestellt sind: ihre Machtbefugnisse und ihre Handlungsfreiheit würden ja wesentlich eingeschränkt. Ebenfalls verständlich ist, warum sich die meisten Lehrer ablehnend verhalten: sie würden dadurch den einzelnen Eltern gegenüber direkt rechenschaftspflichtig. Aber schwer begreiflich ist, warum sich die meisten Politiker und damit indirekt auch die Wähler ablehnend verhalten oder jedenfalls kein Interesse dafür zeigen, weshalb also die Idee der «Vouchers» keine politische Zugkraft besitzt. Der vielleicht wichtigste Grund ist, dass das Konzept nur schwer verständlich ist.

Vorteile

Im Mittelpunkt der Vorteile von Gutschriften stehen jedoch jene, welche sich einstellen, wenn die öffentlichen Schulen ihr Schulgeld gemäss ihren Kostenstrukturen erheben können. Die Gutschriften bilden dann die Haupteinnahmequelle, und mit der Zeit würde sich die Spreu vom Weizen trennen. Zudem würde der Wettbewerb zwischen den Schulen eine grössere Vielfalt hervorbringen, weil die Eltern extrem unterschiedliche Vorstellungen von einer Schulausbildung haben: einige Schulen würden sich auf eine teure, akademische Ausbildung spezialisieren, während andere eine weniger aufwendige Berufsausbildung anbieten würden; ein Teil würde einen eng begrenzten, ein anderer Teil einen breiten, umfassenden

Lehrplan offerieren: gewisse Schulen würden schwergewichtig in Sachanlagen investieren, andere in den Lehrkörper; die einen würden auf innovative Unterrichtsmethoden und moderne Technologien setzen, die anderen auf das traditionelle Lehrer-Schüler-Modell. Jedenfalls wären alle Schulen gezwungen, die bestmögliche Dienstleistung für ihre spezielle Kundschaft zu den tiefstmöglichen Kosten anzubieten.

... und angebliche Nachteile

Die Kritiker von Gutschriften befürchten dagegen, dass der Wettbewerb die Schulen zu einer zum Grossteil irreführenden Werbung zwingen könnte. Weil ausserdem Ausbildung eine nur schwer zu evaluierende Dienstleistung ist, könnten die Eltern die Qualität nach dem Preis bewerten. Dadurch würden Schulen mit hohen Gebühren die wohlhabenderen Eltern anziehen, wobei höhere Schulgelder wiederum die Anstellung besserer Lehrer erlaubten. Weniger bemittelte Eltern müssten dagegen preisgünstige Schulen wählen, welche in der Folge zu «Ausbildungsghettos» würden. Die Polarisierung in teure und billige Schulen würde bald zu einem endlosen Teufelskreis sozialer Diskriminierung.

Obwohl diese Einwände ernst zu nehmen sind, scheinen sie doch auf impliziten Annahmen zu gründen, welche vom Status quo abgeleitet sind. So ist klar, dass die Quantität und Qualität der Information auf dem Ausbildungs-

markt das Funktionieren jedes Gutschriftensystems beeinflusst. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass einer der Vorzüge der Ausbildungsgutschriften darin besteht, dass sie ein Bedürfnis nach Informationen überhaupt erst schaffen. Die Möglichkeit der Schulwahl liesse dann bald einen Markt für Beratungsdienste, die den Eltern bei der Interpretation der von den Schulen gelieferten Informationen behilflich sind, entstehen. Ausserdem könnte der Staat die Schul-Werbung so regeln, dass Vergleiche zwischen den verschiedenen Schulen möglich werden. Im weiteren würden die Entscheide mit wachsender Erfahrung auf ganz natürliche Weise besser werden.

Die These, Gutschriften würden ein Zweiklassensystem im Schulwesen schaffen, fusst auf der Annahme, nur der Mittelstand sei zu finanziellen Opfern bereit, um die Kinder an teurere Schulen zu schicken. Es ist indessen kaum anzunehmen, dass die Einstellung von Eltern gegenüber der Ausbildung direkt abhängig ist vom Einkommen.

Praktische Erfahrungen

Alle empirischen Befunde vermögen die für Ausbildungsgutschriften vorgebrachten Argumente zwar nicht zu stützen, aber auch nicht zu entkräften. Es hat jedenfalls nie einen praktischen Versuch für nichtlimitierte, komplementierbare, kostendeckende, einkommensbezogene und uneingeschränkte Gutschriften gegeben.

Auch von den Erfahrungen privater Schulen können wir leider kaum lernen. Ein wirklich ambitioniertes Gutschriftensystem würde alle Schulen dazu zwingen, sich wie gewinnmaximierende Firmen zu verhalten. Heute gibt es jedoch nur wenige gewinnmaximierende Schulen, die uns die Laborbedingungen zum Studium der möglichen Auswirkungen von «Vouchers» liefern würden, weil sich die meisten doch auf Donationen verlassen.

Veränderung des Kräftefeldes

Bei keinem der sechs Kriterien, die für die Beurteilung der Ausbildungsgutschriften von Relevanz sind, also freie Schulwahl durch die Eltern, Effizienz, Innovation, Vielfalt, Höhe der Bildungsausgaben der öffentlichen Hand und Chancengleichheit, schlägt das Pendel in der Diskussion deutlich auf die eine oder andere Seite aus. Das liegt allerdings in der Natur der Sache, denn zum einen operieren die widerstreitenden Parteien mit unterschiedlichen Begriffen und zum andern argumentieren einzelne Befürworter der Gutschriften völlig statisch im Stile der klassischen Wirtschaftstheorie, während verschiedene Gegner dynamische Argumente mit Bezug auf den Wettbewerbsprozess einbringen.

In einem gewissen Sinne hat die Debatte jedoch noch gar nicht richtig begonnen. Das gegenwärtige Staatsmonopol im Schulwesen – die Subordination der Eltern unter professionelle Ausbildungsspezialisten, die Ver-

schleierung der wahren Bildungsausgaben, die Unterdrückung der verschieden gelagerten Bedürfnisse nach Ausbildungsdienstleistungen hat uns so sehr geprägt, dass selbst Befürworter von Gutschriften bis heute nicht imstande sind, die radikalen Implikationen einer nichtlimitierten, komplementierbaren, kostendeckenden, einkommensunabhängigen und uneingeschränkten Gutschrift voll in ihre Überlegungen einzubeziehen. Die Einführung von solchen «Vouchers» würde jedenfalls, das ist gewiss, eine völlige Veränderung des Kräftefeldes im Schulsystem bedeuten, indem die Souveränität von den Schulverwaltungen, Schulleitern, Schuldirektoren und Lehrern auf die Eltern verlagert würde. Und letztlich geht es bei der ganzen Auseinandersetzung um die Macht der Eltern.

Das Zitat

Die Zeit für helvetische Sonderzüge ist vorbei. Um so dringlicher wäre eine zukunftsgerichtete und auch erfolgversprechende Forschungskonzeption des Bundesrates. Die bestehenden Verträge mit der EG über einige technologische Grossprojekte genügen nicht, um zu verhindern, dass praktisch eine ganze Forschergeneration nur mit grösster Mühe Anschluss an eine europäisch geförderte Wissenschaftsentwicklung findet.

Schon heute stehen Schweizer Studenten bis weit in die neunziger Jahre

vor der Türe, wenn es um die Teilnahme an den sich rapid ausweitenden Erasmus-Programmen geht. Während immer noch ein Diplom der Universität Freiburg in Neuenburg und ein solches von Neuenburg in Genf oder eines von Bern in Zürich oder ein anderes von Basel in Bern nicht anerkannt wird, die «Hochschule Schweiz» also offensichtlich eine Fata Morgana bleibt, werden in einigen Fächern schon in den nächsten Jahren europäische Studienabschlüsse zur Regel werden.

Prof. Dr. Peter Atteslander
Universität Augsburg
im NZZ 45/1990

